



## GdV bei der dbb-Regionalkonferenz in Nürnberg

Am 17.09.2025 fand in Nürnberg die letzte der dbb-Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde bzw. den ab Anfang Dezember beginnenden Tarifverhandlungen statt.

Der dbb hatte Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften zur Diskussion über die aktuelle Situation sowie zur Konzertierung der Forderungen geladen.



Der Bundesvorsitzende des dbb Herr Volker Geyer (li) und Herr Andreas Hemsing als zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik (re) führten durch die Veranstaltung.

Beide berichteten zunächst von der aktuellen tarifpolitischen Lage und nahmen Stellung zu den aktuellen Angriffen auf das Berufsbeamtentum aus der Politik. Sie mahnten eindringlich ein Zusammenstehen in dieser Frage an. Die Bevölkerung habe letzten Umfragen zufolge das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates verloren. Gerade vor diesem Hintergrund sei das Beamtentum ein Garant für die öffentliche Aufgabenerledigung.

Am Beispiel der Lehrer als zur Debatte stehende Berufsgruppe wurde erläutert, dass es sich bei dem Bildungsauftrag um eine zutiefst hoheitliche Aufgabe handle, in Bayern gar verfassungsrechtlich definiert. Daneben sei es schlicht nicht finanzierbar, die Beamten in das allgemeine Rentenversicherungssystem zu integrieren. Hierzu müssten die Pensionsansprüche überführt und die Besoldung angepasst werden. Es werde hierzu seitens des dbb zeitnah Gespräche zur strategischen Aufstellung in dieser Thematik geben.

In der Folge wurden die Verhandlungsführer seitens der Arbeitgeber vorgestellt. Den Vorsitz der Verhandlungsführer hat Herr Dr. Dressel, Finanzsenator aus Hamburg, inne. Ihm zur Seite gestellt sind Herr Piwarz, sächsischer Finanzminister, und Frau Dr. Schneider als Finanzministerin aus Schleswig-Holstein. Von dort seien bereits Aussagen getätigt worden, dass selbst ein Abschluss wie zum TVÖD für die Länder nicht finanzierbar sei.

Dann wurde der Zeitplan für die Verhandlungen aufgezeigt:

- 17.11.2025: Forderungsfindung in Berlin
- 03.12.2025: Auftaktrunde in Berlin
- 15./16.01.2026: zweite Verhandlungsrunde
- 11. – 13.02.2026: Abschlussrunde in Potsdam

Da es, im Gegensatz zum Anwendungsbereich des TVöD, bei Ausbleiben einer Einigung zu keinem Schlichtungsverfahren komme, würden ggfs. flächendeckende Vollstreiks erforderlich werden. In diesem Falle sei es zwingend erforderlich, dass wir gemeinsam Stärke, Macht und Wirksamkeit zeigten. In diesem Zusammenhang gelte die Macht der Zahl. Der Arbeitgeberverband mache sich teilweise die Mühe, die Anzahl der Teilnehmer an Demonstrationen und Streiks zu ermitteln. Hier komme es auf jeden Einzelnen an, nur Masse beeindrucke die Entscheider.

Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit im Sinne der Politik – also Erhöhung der täglichen Arbeitszeit – führe zu weiterer Überlastung der Beschäftigten und müsse dringend vermieden werden. Schon jetzt fehlten im öffentlichen Dienst rund 600.000 Mitarbeiter, im Laufe der nächsten 10 Jahre schieden weitere 1,4 Mio. aus dem Dienst aus. Entsprechend belegten die aktuellen Statistiken der Krankenkassen, dass im Bereich der Pflege und der allgemeinen Verwaltung die durch seelische Erkrankungen verursachten Fehlzeiten auf einem absoluten Höchststand seien. Man weise seit Jahren auf diese Überlastung hin, finde aber weiterhin kein Gehör. Alle Argumente lägen auf Seiten der Gewerkschaften, für die Verhandler der Arbeitgeber jedoch zählten ausschließlich fiskalische Erwägungen. Wohl aus diesem Grund habe die TdL zuletzt auch die Tarifpflegegespräche verweigert.



Danach berichtete der BBB-Vorsitzende, Herr Reiner Nachtigall von der aktuellen Situation der Bayerischen Beamten. Fazit seiner Darstellung war die Feststellung, dass selbst in Bayern offensichtlich die Mittel knapp werden. Haushaltsmittel für Art. 6i BayHG seien zuletzt nicht mehr zur Verfügung gestellt worden. Es bestand traurige Einigkeit darin, dass eine Übertragung eines Tarifabschlusses auf die Beamten kein Selbstläufer werde.

Nach einer Pause stellten dann einige Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften ihre Forderungen und Anregungen vor. So auch der **stellvertretende GdV-Landesvorsitzende von Bayern, Manuel Herold**.



Unsere wichtigsten Forderungen lauten:

1. Angleichung des TV-L an den TVöD
2. Aufgabe der Unterscheidung zwischen Tarifgebiet Ost und Tarifgebiet West
3. Abschaffung der Entgeltgruppen 1-3
4. Angemessene Tarifierhöhung um 8% bei entsprechender Übertragung auf die Beamten

Völligen Gleichklang gab es bezüglich der ersten Forderung. Ein weiteres Auseinanderdriften der Regelwerke sei nicht tolerierbar. Der öffentliche Dienst der Länder sei gegenüber Bund und Kommunen schon jetzt nicht mehr konkurrenzfähig. Genannt wurden in diesem Zusammenhang immer wieder der stufengleiche Aufstieg sowie die Zulagen für Schichtarbeit und Wechselschicht.

Einigkeit bestand auch hinsichtlich einer dringend erforderlichen Stärkung der unteren Lohngruppen, ob durch Abschaffung von Entgeltgruppen oder einem Sockelbetrag. Im Übrigen trat zu Tage, dass den Beteiligten flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie Möglichkeiten von Umwandlung von Gratifikation in Freizeit weniger prioritär sind. Auch nach Regelung solcher Möglichkeiten im TVöD wurde hiervon kaum Gebrauch gemacht, Geld ist aktuell offensichtlich bei den Beschäftigten vorzugswürdig.

Einigkeit bestand auch bei der Frage, dass die Forderungen realistisch ausfallen sollten, um nach Abschluss der Verhandlungen nicht als Verlierer dazustehen.

Der letzte Teil der Konferenz bestand aus einem Vortrag von Herrn Rohloff zu Maßnahmen und Aktionen. Er hob sehr eindringlich die Bedeutung von Demonstrationen, Streiks und sonstigen Maßnahmen in den kommenden Aktionsphasen hervor. Aufgrund des zu erwartenden Gegenwinds müssen alle Beteiligten mit Phantasie und Engagement zu Werke gehen, der dbb biete hierzu umfangreiche Unterstützung an. Sämtliche Aktionen und Ideen sollen gemeldet werden.



**Werte Kolleginnen und Kollegen,**

**mehr denn je sind wir gehalten, Mitglieder zu werben und Massen zu mobilisieren. Dabei dürfen auch die Jugendvertretungen und die Pensionisten und Pensionistinnen nicht vergessen werden. Wir müssen tatsächlich Macht und Einsatz demonstrieren, um Politik und den Verhandlern deutlich klarzumachen, dass wir weitere Belastungen nicht hinnehmen können und werden – im Gegenteil. Reiner Applaus wie zu Corona-Zeiten hilft nicht weiter. Ein funktionierendes Gemeinwesen und eine erfolgreiche Wirtschaft bedingen eine starke öffentliche Verwaltung.**

Gez.

Manuel Herold

Stellv. Vorsitzender Tarif der GdV-Bayern

Fotos: Windmüller/dbb